

Donnerstag, 26. April 2012 12:15 Uhr

URL: http://www.allgemeine-zeitung.de/region/ingelheim/ingelheim/11900828.htm

Allgemeine Zeitung

INGELHEIM

Gebietsreform: Ingelheimer Stadtrat lehnt Fusion mit VG Heidesheim ab

25.04.2012 - INGELHEIM

Von Conny Haas

Das Thema „Eingemeindung der VG Heidesheim nach Ingelheim“ ist vom Tisch. „Die Stadt Ingelheim sieht auf absehbare Zeit keinen Anlass, sich an einer kommunalen Gebietsreform mit der Eingemeindung der VG Heidesheim zu beteiligen.“ Das haben am Montagabend nach einstündiger Diskussion die Mitglieder des Stadtrates bei Gegenstimmen von Bündnis 90 / Die Grünen und FBI beschlossen.



Das Ingelheimer Rathaus.
Archivfoto: Thomas Schmidt

Bürgerversammlung vor drei Wochen beantragt

Sichtlich verärgert reagierte Grüne Sprecherin Helga Frey. Ihre Fraktion hatte nämlich bereits vor drei Wochen beantragt, eine Bürgerversammlung einzuberufen, bei dem über den Sachverhalt und den Stand des Verfahrens informiert wird. Die Meinung der Bürger sollte hier vor allem eingeholt und erst danach ein Beschluss gefasst werden (die AZ berichtete).

Der erst bei der Sitzung eingebrachte, weiterreichende Antrag von CDU, SPD, FWG und FDP auf einen formalen Beschluss machte dies aber zunichte. Sehr zum Ärger der Grünen und der Freien Bürgerliste Ingelheim (FBI). Beide machten ihrem Unmut in der Sitzung Luft.

Grüne klagt über „fehlende Fairness“

Während Helga Frey von fehlender Fairness sprach, kritisierte Hans-Werner Klose (FBI), dass „zu klein gedacht“ werde. Am Beschluss konnte das aber nichts ändern. CDU, SPD, FDP und FWG sind geschlossen der Ansicht, dass ein Zusammenschluss Ingelheims mit der VG Heidesheim nicht zielführend wäre. Wichtigste Aufgabe für die Stadt Ingelheim sei zunächst die Schaffung eines Zentrums, erklärte CDU-Fraktionsvorsitzender Hans-Richard Palmen, der den Antrag stellvertretend für die vier Parteien vorgetragen hatte. Hierfür seien nach wie vor noch große Anstrengungen erforderlich.

Zudem, so erinnerten mehrere Ratsmitglieder, ziele das Landesgesetz auf einen Zusammenschluss der Gemeinden Budenheim mit der VG Heidesheim ab, was Hans-Werner Klose bestritt. Seiner Ansicht nach seien durchaus auch vonseiten der Stadt Ingelheim Verhandlungen möglich und seitens der Landesregierung erlaubt. Helmut Immerheiser (FDP) gab schließlich zu bedenken: „Budenheim steht unter Zugzwang und muss sich einen Partner suchen.“ Man dürfe sich hier nicht

Weitere Meldungen

[Heidesheimer Rat will Fusionsgespräche mit Ingelheim](#)
15.12.2011

einmischen. Der verbandsfreien Gemeinde drohe ansonsten eine Eingemeindung nach Mainz.

Ja zu interkommunaler Zusammenarbeit

Doch auch wenn der Stadtrat mit dem Beschluss am Montagabend mehrheitlich eine Eingemeindung der VG Heidesheim (wenn auch nicht wörtlich) abgelehnt hat, stehen alle Parteien einer interkommunalen Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden offen gegenüber. Deshalb soll jetzt auch die Verwaltung mögliche Kooperationsfelder vorschlagen und dem Rat vorlegen.

Zudem sollen eine Aufklärung über die Gebietsreform erfolgen und Informationen für die Öffentlichkeit verfügbar gemacht werden.

© Verlagsgruppe Rhein-Main 2012

Alle Rechte vorbehalten | Vervielfältigung nur mit Genehmigung der Verlagsgruppe Rhein-Main